

Politische Partizipation und soziales Engagement unter jungen Deutschen, Türken und Spätaussiedlern

Philipp Jugert
Peter Noack
Katharina Diener
Alison Benbow

Universität Jena

BDP-Tagung Politische
Psychologie, Mannheim,
11.-12.2.2011



Fragestellung

- Was motiviert junge Menschen sich politisch oder sozial zu beteiligen?
- Im Projekt:
Processes Influencing Democratic Ownership
and Participation
(PIDOP; <http://www.fahs.surrey.ac.uk/pidop/>)

Ausgangslage

- Wachsende Politische Apathie unter (jungen) Menschen (International IDEA, 2004; Putnam, 2000)
- Wandel von traditionellen Formen der Partizipation zu bürgerschaftlichem und sozialem Engagement und neuen Online-Formen? (Zukin et al., 2006)

Bestehende Forschung

- Makrofaktoren (historisch, politisch, institutionell): Art des Wahlsystems, politische Vergangenheit
- Soziodemographische Faktoren: Geschlecht, Alter, Migrationshintergrund, Bildung, soz-ökonom. Status
- Soziale und psychologische Faktoren: Soziales Kapital, Vertrauen, politische Selbst-Wirksamkeit, soziale Identität

Forschungslücke

- Viel Wissen über einzelne Faktoren, aber wenig über Prozesse
- Wie sind die Faktoren miteinander verbunden?
- Welche sozialen und psychologischen Prozesse liegen diesen Zusammenhängen zugrunde?

Ziele der Studie

- Prozesse beleuchten, durch die junge Menschen ihr politisches Selbstkonzept aufbauen
- Zielkontexte: Familie, Peergruppe, Schule, Medien, Vereine, politische Institutionen
- Zielgruppen: Jugendliche und junge Menschen, Migranten

Was wir wissen wollten

- Verständnis von Bürger-/Staats-/Umwelt- und Menschenrechten („Civil Rights“)
- Mit wem sie reden und wo sie ihre Informationen herbekommen
- Wie sie diese Informationen bewerten
- Was andere von ihnen erwarten
- Welche Möglichkeiten sie wahrnehmen

Methode

- Stichprobe: Ost- und Westdeutsche, Türken und Spätaussiedler (N = 100; 65 % männlich)
- Quelle: Berufsschulen (Deutsche und Türken), Migrantenvereine (Spätaussiedler), Studenten (Türken)
- 17 Fokusgruppen (4-8 Teilnehmer)
- 2 Altersgruppen: 16-18 und 20-26

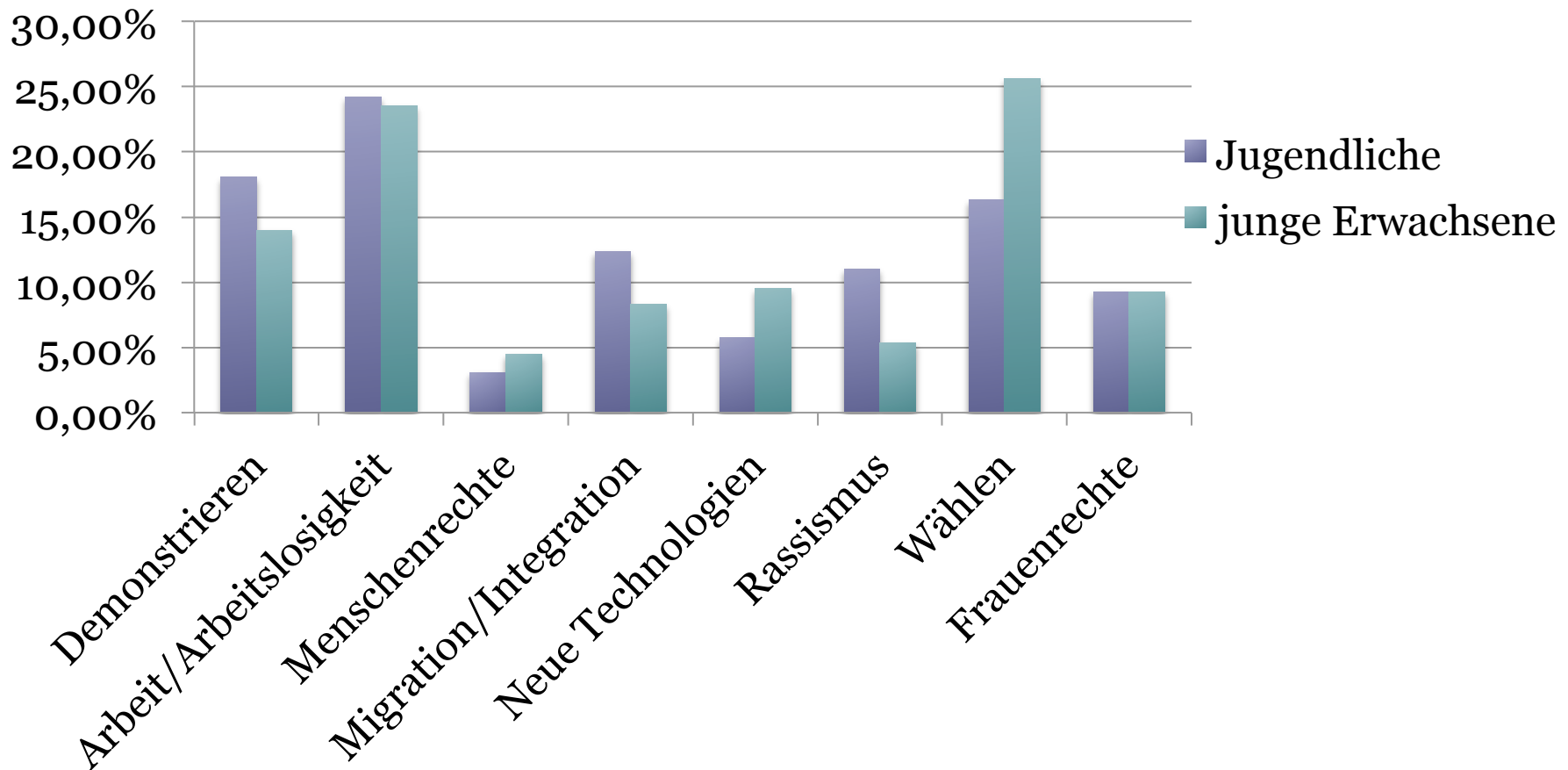
Fokusgruppen

- Moderiertes halbstrukturiertes Gruppengespräch
- Fragen zum Verständnis von Bürgerrechten, Beteiligungsmöglichkeiten, Wissen, Erfahrungen und Verbesserungsvorschlägen
- Dauer: 30-60 Min.
- Videoaufzeichnung
- Transkription
- Deduktive Codierung mit ATLAS.ti

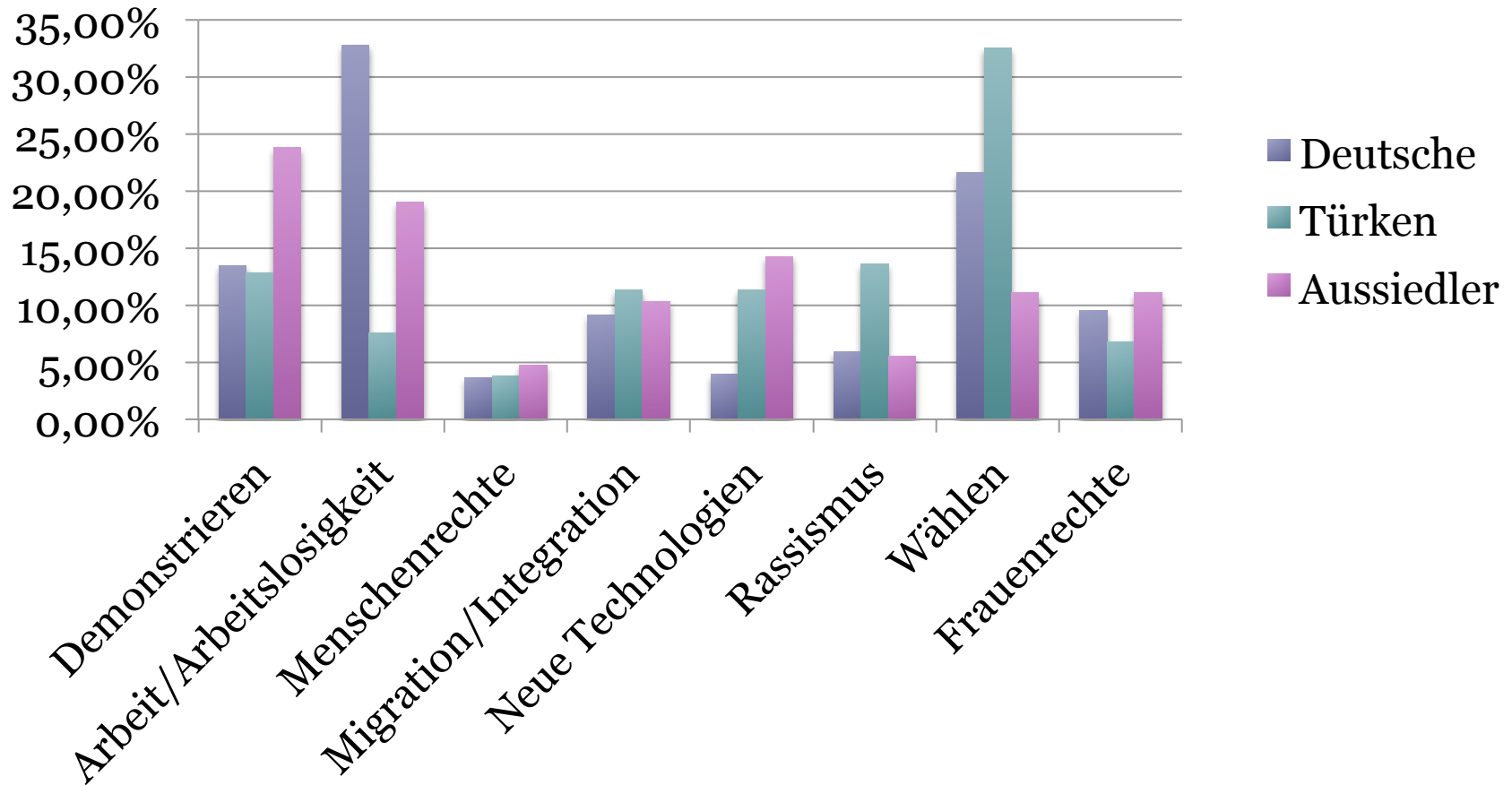
Fokusgruppe: Ice Breaker



Ergebnisse: Themenrelevanz nach Altersgruppe (% Kodierter Text)



Ergebnisse: Themenrelevanz nach ethnischer Gruppe (% Kodierter Text)



Ergebnisse: Verständnis von Staatsbürgerschaft und Menschenrechten

- **Türken**
 - Doppelte Staatsbürgerschaft,
 - Behandlung von Terrorverdächtigen
 - Religionsfreiheit
 - Diskriminierung/Integrationsdruck
 - Zwangsheirat

„Aber ich verstehe den Sinn nicht, was es mir nutzen würde, wenn ich Deutschland lebe, hier aufgewachsen bin und zum Beispiel nie in der Türkei gewesen bin, aber das Recht habe in der Türkei zu wählen. Ich habe nichts davon, wenn sich in der Türkei etwas verbessert oder verschlechtert.“

(Türkin, 20-26)

Ergebnisse: Verständnis von Staatsbürgerschaft und Menschenrechten

- Aussiedler
 - Rassismus/Konfliktuelle Identität
 - Zugang zum Arbeitsmarkt/Arbeitslosigkeit

„Wenn wir nach Deutschland kommen, sind wir Russen, jeder sagt uns. Fragt keiner, wer sind Großeltern, wo die geboren sind, wie z. B. bei mir, meine Großeltern hier in Deutschland geboren, in Krieg und dann in Kasachstan geblieben. Jetzt sagt jeder zu mir: „Du bist Russe.“ Man muss viel machen, damit die Deutschen akzeptieren und so.“

(Aussiedler, 16-18)

Ergebnisse: Verständnis von Staatsbürgerschaft und Menschenrechten

- Deutsche
 - Integration von Migranten (Kritik)
 - Meinungsfreiheit (auch für Rechte)
 - Geringe Löhne vs. Hartz IV

- 4: Ich find's allgemein schlimm, dass die Kopftücher aufhaben, also da, ist auch, da ist halt die rechte Seite, ich find das schrecklich, wenn die in Deutschland sind, sollen die halt -
- 5: dass die wenigstens sich hier-
- 2: dass sie sich dem anpassen

(Deutsche, 16-18)

Ergebnisse: Wahrnehmung zu Beteiligungsmöglichkeiten

- Ältere sahen mehr Beteiligungsmöglichkeiten (Wahlrecht ab 18)
- Jüngere sahen sich oft nicht ernst genommen
- Bildung als Voraussetzung für Beteiligung
- Illegale Formen wurden mehrheitlich abgelehnt

„Ja aber ohne, was ich jetzt z.B. grade gesagt habe, ohne diese Bildung können die sich auch gar nicht in solche politischen Themen einsetzen, das ist die Sache. Das ist so. Wenn ein (Macker) da ist und hat seine Hauptschule oder nicht mal seine Hauptschule gemacht, was weiß ich nicht was, bricht die Schule ab, hat nur Scheiße im Kopf, dann wird der sich auch niemals für politische Sachen interessieren, wird sich niemals für CO₂ interessieren, der würde sich niemals interessieren Sprachen zu lernen, der würde gar nichts machen, der würde sich auch nicht interessieren wählen zu gehen. Wie gesagt, Bildung ist auch eins der Sachen, die wichtig sind.“

(Deutscher, 20-26)

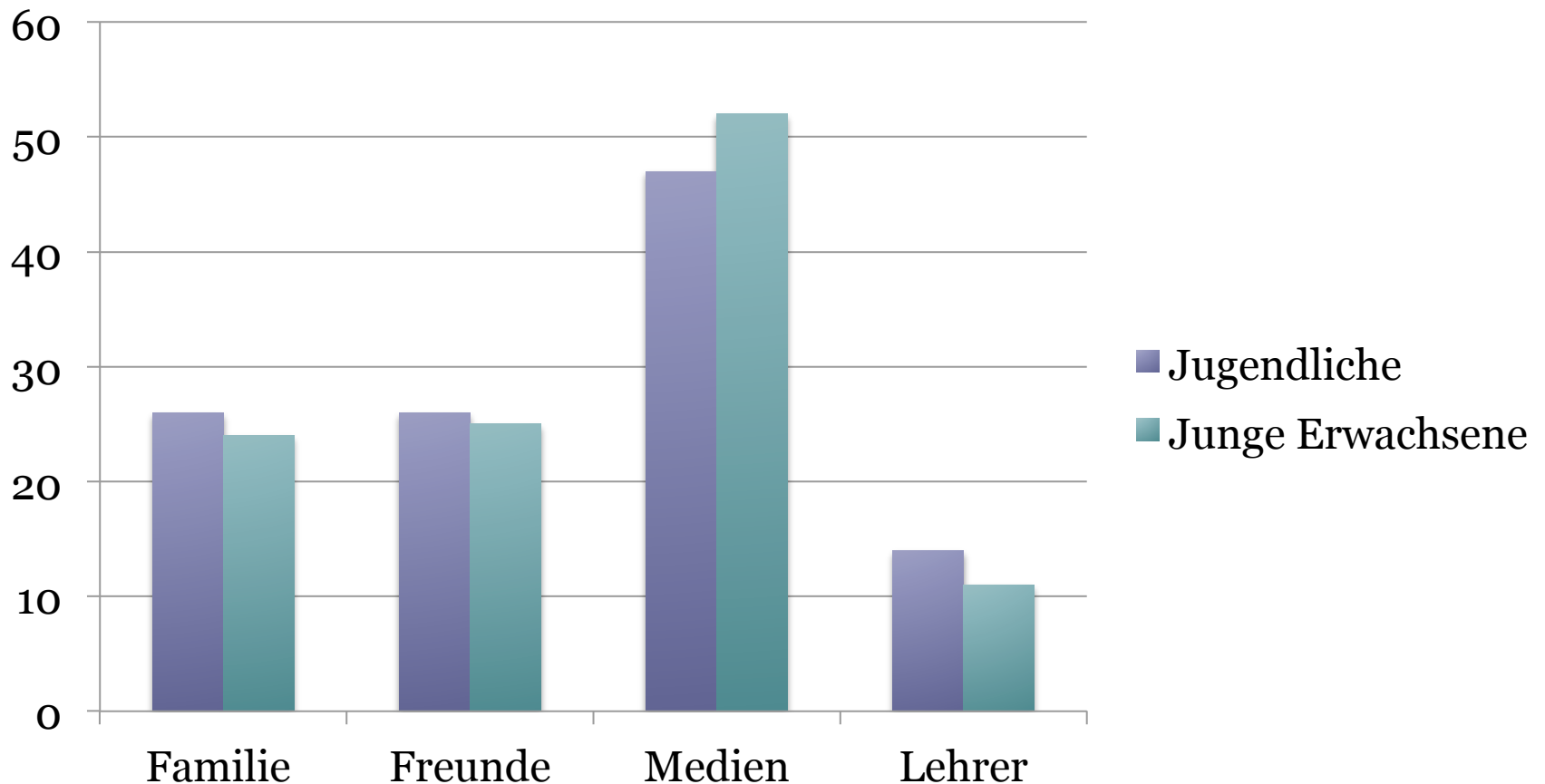
Ergebnisse: Wie werden eure Interessen repräsentiert?

- Politiker kümmern sich nicht um unsere Interessen
- Kaum Identifikationspotential bei Politikern (zu alt, zu wenig Migranten)
- Politiker haben zu wenig Wissen darüber, was junge Menschen bewegt

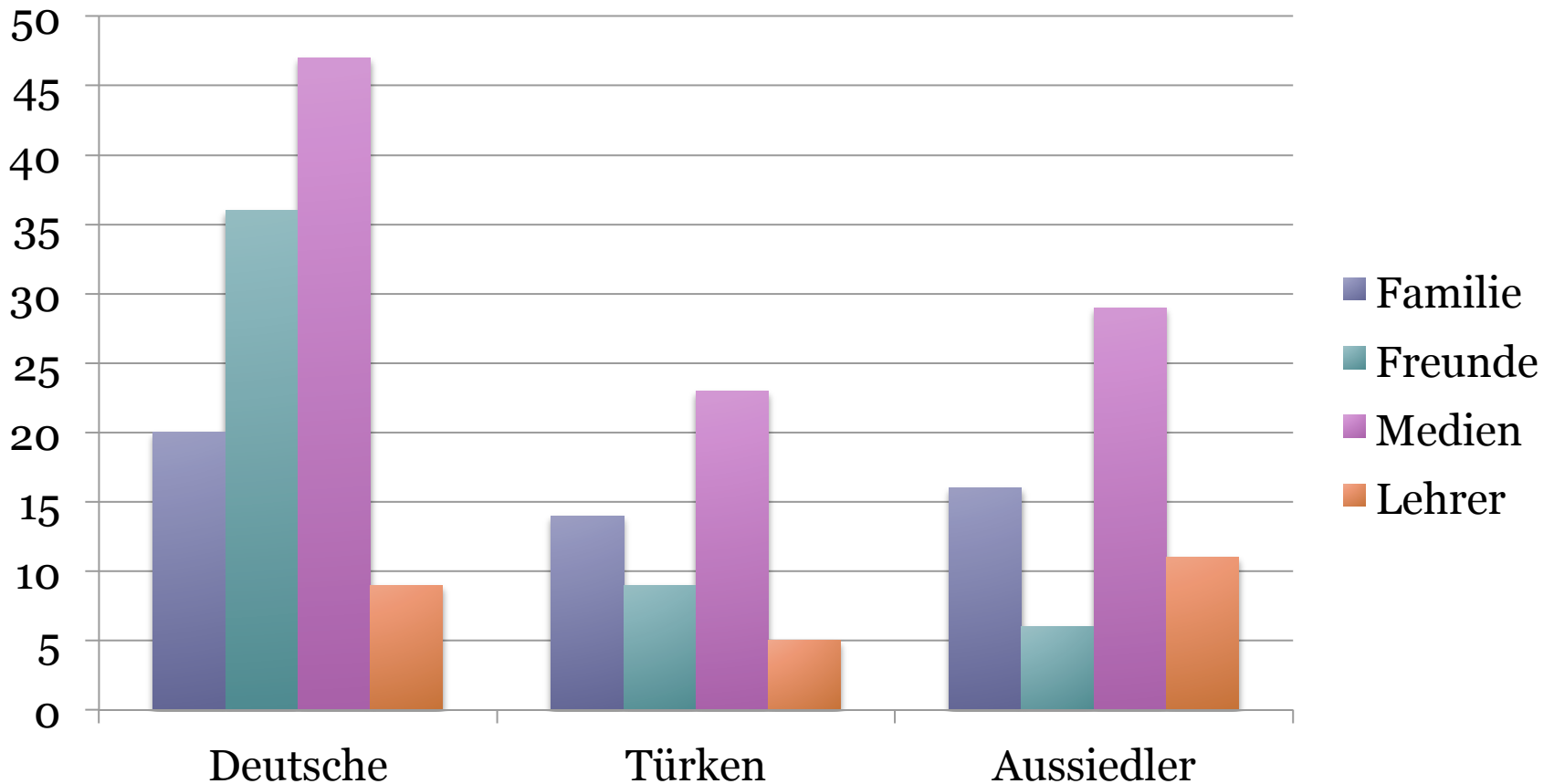
„Es muss mehr Leute geben mit denen sich jungen Menschen in der Politik identifizieren können und ich persönlich kann mich nicht mit Angela Merkel identifizieren oder mit einem Typen der 60 ist oder so und da steht und etwas faselt was mich sowieso nicht interessiert.“

(Türkin, 20-26)

Ergebnisse: Wer beeinflusst euch in diesen Themen? (Σ Nennungen)



Ergebnisse: Wer beeinflusst euch in diesen Themen? (Σ Nennungen)



Ergebnisse: Erfahrungen in Beteiligung

- Häufig sporadisch: Demonstrieren, Unterschriften sammeln, Streiken
- Selten dauerhaft: z. B. Mitgliedschaft
- Wahrgenommene Effektivität:
 - Niedrig für Demonstrationen und Wahlen
 - Höher für Personen mit positiven Erfahrungen
- Bedeutung von Migranten-/religiösen Organisationen für Türken (Milli Görüs) und Spätaussiedler

Ergebnisse: Beteiligungshindernisse

- **Türken: Wahlrecht/Doppelte Staatsbürgerschaft**
- **Allgemein:**
 - Angst vor Gewalt/Polizei
 - Mangel an Informationen
 - Keine Zeit
 - Kein Interesse
 - Soziale Normen sprechen dagegen (Freunde, Familie)
 - Politische Entfremdung

„Also bei mir ist es vielleicht, ich wohn aufm Dorf ,
denk ich mal, und wenn ich da irgendwie gegen
Rassismus wäre oder so, jetzt, sag ich mal, da gibt's
wirklich sehr viele, die so () sind oder so was. Das
können die gar nicht verstehen, weil's das da so nicht
gibt. Das ist auch bei meinen Verwandten so, also
Ausländer und Schwule können die einfach nicht
verstehen. Und ich denk mal, wenn ich da jetzt in so
was reingehe, was gegen die wäre, würden die schon
ziemlich komisch gucken, das ist so halt.“

(Deutscher, 16-18)

Ergebnisse: Verbesserungsvorschläge

- In Bezug zu Migranten:
 - Aufsuchende Stadtteilarbeit
 - Mehr Migranten in öffentliche Positionen
 - Wahlrecht ändern
- Allgemein:
 - In Bildung investieren
 - Wahlalter senken
 - „Bürgerkunde“ als Schulfach

Fazit

- Kein Unterschied zwischen Ost- und Westdeutschen
- Beteiligungsniveau niedrig bei allen ethnischen Gruppen (Bildungseffekt?)
- Keine Anzeichen für eine Verlagerung auf neue Formen der E-Beteiligung (Bildungseffekt?)
- Einfluss Medien vs. Lehrer und Familie vs. Freunde
- Erfolgreiche Beteiligungserlebnisse erhöhen politische Selbstwirksamkeit

„Auf jeden Fall, dass man auch als einzelne Person viel machen kann. Und ich bin jetzt halt mit „Percys Komplizen“ (NGO) in Kontakt, die schreiben mir jetzt ne Email wenn wieder was ist und da bin ich auf jeden Fall dabei.“

(Deutscher, 16-18)

Ausblick

- Geplante quantitative Befragung von jeweils 240 Personen (2 Altersgruppen) in jeder Zielgruppe in 9 Ländern gleichzeitig
- Variablen:
 - Politisches Interesse,
 - Politische Beteiligung und soziales Engagement,
 - Identifizierung mit verschiedenen Gruppen,
 - Effektivität,
 - Vertrauen,
 - Toleranz,
 - Diskriminierung,
 - Wissen,
 - Emotionen,
 - Motivationen,
 - soziale Normen

Acknowledgment

The empirical research upon which this paper is based was supported by a grant received from the European Commission 7th Framework Programme, FP7-SSH-2007-1, Grant Agreement no: 225282, Processes Influencing Democratic Ownership and Participation (PIDOP) awarded to the University of Surrey (UK), University of Liège (Belgium), Masaryk University (Czech Republic), University of Jena (Germany), University of Bologna (Italy), University of Porto (Portugal), Örebro University (Sweden), Ankara University (Turkey) and Queen's University Belfast (UK).